

10.01.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Nachrichten aus einer anderen DDR

Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland in den
achtziger Jahren

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 36/98, S.
26-38

Nachrichten aus einer anderen DDR

Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland in den achtziger Jahren

I. Vorbemerkung

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sieht sich – wie jede Diktaturforschung – vor das Problem gestellt, daß ein Großteil ihrer schriftlichen Quellen von den einst Herrschenden selber angelegt oder zumindest maßgeblich determiniert wurde. Während die Forschung vor dem Zusammenbruch der DDR in starkem Maße auf Veröffentlichungen rekurrierte, die den Filter direkter oder indirekter Zensur durch die SED durchlaufen hatten, sind es heute vor allem die internen Überlieferungen der von der DDR-Führung kontrollierten Apparate, die zur Rekonstruktion des Vergangenen herangezogen werden. Die Sicht auf die kommunistische Diktatur wird damit auch nach ihrem Sturz in beträchtlicher Weise von dieser selbst bestimmt – selbst dann, wenn man sie nicht, wie in den siebziger Jahren verbreitet, „immanent“ beurteilt, sondern die Dokumente gleichsam gegen den Strich bürstet¹.

Eine Lücke in dieser vom totalitären Machtanspruch der SED geprägten Überlieferung bilden, neben privaten Aufzeichnungen und den Quellen der *oral history*, Selbstzeugnisse und Veröffentlichungen unabhängiger politischer Gruppierungen oder Einzelpersonen, die außerhalb staatlicher Kontrolle entstanden. Trotz oder besser wegen des rücksichtslos durchgesetzten Anspruchs der SED auf vollständige Kontrolle der Medien² hat es nämlich in der DDR immer wieder Versuche gegeben,

das kommunistische Monopol auf öffentliche politische Kommunikation zu durchbrechen. In den achtziger Jahren entwickelte sich eine regelrechte inoffizielle Publizistik, die trotz bescheidenster Mittel und ständiger Gefährdung einen wichtigen Beitrag zur Aushöhlung der SED-Herrschaft leistete. Mit ihren unverblühten Beschreibungen der Lebenswirklichkeit und dem umfangreichen Material zu programmatischen Orientierungen und praktischen Aktivitäten von Andersdenkenden in der DDR bilden diese Schriften eine schmale, aber um so bedeutsamere Überlieferung der anderen Wirklichkeit, die, trotz einer im Aufbau befindlichen Stiftung, auch im achten Jahr der Einheit immer noch nicht gesichert ist³.

Dabei kommt verbotenem oder inoffiziellem Schrifttum bei der Erforschung vergangener Epochen naturgemäß ein besonderer Rang zu. Geheime Flugblätter aus dem Vormärz oder der Zeit der Ruhrbesetzung sind für den Historiker ebenso wertvolle Dokumente wie die antifaschistischen Tarnschriften gegen den Nationalsozialismus⁴. Demgegenüber ist die „zweite Öffentlichkeit“, die in den meisten kommunistischen Staaten eine beträchtliche Rolle als Insel geistiger Freiheit gespielt hat und in der Osteuropaforschung mit dem russischen Akronym „Samisdat“ (Selbstverlag) bezeichnet wird⁵, in den letzten Jahren eher in Vergessenheit geraten – obwohl sich die Möglichkeiten ihrer Erforschung nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems enorm verbessert haben. In einer knappen Skizze soll deshalb im folgenden ein Überblick über die inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland gegeben werden. Dazu werden zunächst einige grundlegende Entwicklungslinien nachgezeichnet,

1 Zur „immanenten“ Methode vgl. die Schriften ihres wichtigsten Vertreters, Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Opladen 1968; kritisch dazu: Klaus Schroeder/Jochen Staadt, *Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik*, Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin, Arbeitspapiere 2/92, S. 2 ff.

2 Zur Kontrolle der Medien in der DDR vgl. Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*, Bonn 1997; Stefan Pannen, *Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis deutscher Journalisten*, Köln 1992; Ulrich Bürger, *Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags-Argus bei Herrn Geggel*, Berlin 1990.

3 Ausführlicher zu den Problemen der Überlieferung: Hubertus Knabe, *Wo liegen die Selbstzeugnisse der DDR-Opposition? Zugänge zu einem schwierigen Forschungsgebiet*, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997) 4, S. 565 ff.

4 Einen anschaulichen Überblick vermittelt der Ausstellungskatalog: *Der Zensur zum Trotz. Das gefesselte Wort und die Freiheit in Europa*, Wolfenbüttel 1991.

5 „Sam“ bedeutet selbst und „isdát“ publizieren; zur Entstehung des Begriffs vgl. György Dalos, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*, Bremen 1986, S. 8.

um anschließend Themenprofile, Herstellungsmethoden und staatliche Reaktionen näher zu analysieren⁶.

II. Entstehung und Entwicklung

Inoffizielles politisches Schrifttum gab es in der DDR, so lange diese existierte. Immer fanden sich Menschen, die ihre Kritik an den Verhältnissen zu Papier brachten und an andere weitergaben; zu allen Zeiten gab es verbotene Publikationen, die von Hand zu Hand gingen und zumeist aus der Bundesrepublik stammten⁷. Erst in den achtziger Jahren bildete sich jedoch ein breites Spektrum inoffizieller Veröffentlichungen heraus, die in der DDR selbst herausgegeben, gedruckt und vertrieben wurden.

Dieser gedruckte politische Samisdat hatte verschiedene Wurzeln: Zum einen war er eine Fortentwicklung des „einfachen“ Samisdat, bei dem politische Texte mit primitiven Mitteln – in der Regel per Schreibmaschine und Durchschlagpapier – in kleinsten Auflagen verbreitet wurden⁸. Eine zweite Wurzel bildete das nichtlizenzierte Schrifttum der evangelischen Kirchen⁹, dessen Herstellung von Staat und Partei für die innerkirchliche Kommunikation und religiöse Zwecke in begrenztem Rahmen toleriert wurde, obgleich nach der Druckgenehmigungsverordnung der DDR dafür eigentlich eine Genehmigung erforderlich gewesen wäre¹⁰. Eine dritte, für den politi-

schen Samisdat allerdings nicht ganz so bedeutsame Wurzel lag in literarisch-künstlerischen Vervielfältigungen, bei denen unter Berufung auf die „Honorarordnung Bildende Kunst“ Grafiken und Texte in Auflagen von bis zu 100 Exemplaren ohne staatliche Kontrolle verbreitet wurden¹¹.

Der Beginn einer politischen Gegenöffentlichkeit in der DDR mit maschinell vervielfältigten regelmäßig erscheinenden Publikationen ist wegen der fließenden Übergänge zu den Vor- und Nebenformen nicht exakt zu datieren. Das erste nicht-staatliche Periodikum mit gesellschaftskritischen Ambitionen waren die im Januar 1980 entstandenen „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur“, die vom Kirchlichen Forschungsheim (KFH) in Wittenberg herausgegeben wurden und zweimal im Jahr erschienen¹². Mit der Arbeitsgruppe Umweltschutz am Stadtjugendpfarramt Leipzig gab im November 1981 erstmals eine politisch engagierte Basisgruppe ein monatliches Informationsblatt mit dem Titel „Streiflichter“ heraus, das anfangs allerdings nur jeweils ein oder zwei Blatt umfaßte¹³. Schon eher den Charakter einer Zeitschrift hatten die 1982 gegründeten

anordnung von 1959 zwar *offizielle* Einrichtungen, nicht aber die Kirchen von der Genehmigungspflicht aus, wenn Materialien „für den inneren Dienstgebrauch“ vervielfältigt werden sollten. Vgl. Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen vom 20. Juli 1959, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 46, S. 640 ff.; Anordnung Nr. 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen vom 25. März 1975, in: ebd., Teil I, Nr. 16, S. 307; Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse vom 12. April 1962, in: ebd., Teil II, Nr. 24, S. 239 f.

11 Die Anlage 2 zur „Honorarordnung Bildende Kunst“ legte in Punkt 8 fest, daß für druckgrafische Werke bei einer Auflagenhöhe von über 100 Blatt eine Druckgenehmigung der örtlichen staatlichen Organe, Abteilung Kultur, eingeholt werden mußte – im Umkehrschluß betrachteten Grafiker ihre Drucke in darunter liegender Auflagenhöhe als genehmigungsfrei; Honorarordnung Bildende Kunst vom 20. Mai 1971, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur, Nr. 8/1971, 31. 8. 1977, S. 49. Vgl. ausführlicher zum Kultur-Samisdat: Klaus Michael/Thomas Wohlfahrt, Vogel oder Käfig sein. Kunst und Literatur aus unabhängigen Zeitschriften in der DDR 1979–1989, Berlin 1992; Thomas Günther, Die subkulturellen Zeitschriften in der DDR und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/92, S. 27 ff.; Peter Böhlig/Klaus Michael, Machtspiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg, Leipzig 1993; Helgard Sauer, Unabhängige Künstlerwerkstätten in Dresden, in: Kunstdokumentation SBZ/DDR, Aufsätze, Berichte, Materialien, Köln 1996, S. 742 ff.; Paul Kaiser/Claudia Petzold, Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere, 1970–1989, Berlin 1977 (Ausstellungskatalog), S. 150 ff.

12 Von den „Briefen“ erschienen bis zum November 1989 insgesamt 20 Ausgaben.

13 Von den „Streiflichtern“ erschienen bis zum November 1989 insgesamt 56 Ausgaben.

6 Ich danke dem Matthias-Domaschk-Archiv in Berlin, dem Archiv Bürgerbewegung in Leipzig sowie dem Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen für die Unterstützung bei der Beschaffung der in diesem Beitrag untersuchten inoffiziellen Schriften.

7 Eine interessante Dokumentation derartiger Schriften aus den fünfziger Jahren enthält: Friedrich-Wilhelm Schломann, Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-System. Die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freier Juristen (UJ), hrsg. vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Schwerin 1998.

8 Umfassendere Untersuchungen über den „einfachen“ Samisdat existieren bislang nur für Osteuropa: H. Gordon Skilling, Samisdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe, Columbus 1989; Ludwig Richter/Heinrich Olschowsky (Hrsg.), Im Dissens zur Macht. Samisdat und Exilliteratur der Länder Ostmittel- und Südosteuropas, Berlin 1995.

9 Vgl. Detlef Urban, Kirchen treten an die Öffentlichkeit, in: Reinhard Henkys, Die Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, München 1982, S. 328 ff.

10 Im Gegensatz zur Praxis und der subjektiven Auffassung vieler Beteiligten nahm § 1 Abs. 5 der Druckgenehmigungs-

„Anstöße von & für christliche Umweltgruppen“, die in Leipzig zusammengestellt und zunächst ebenfalls unter dem Dach des Wittenberger Forschungsheimes herausgegeben wurden¹⁴.

Nachdem 1983 auf dem DDR-weiten Treffen kirchlicher Basisgruppen „Frieden Konkret“ der Versuch gescheitert war, ein gemeinsames Periodikum aller Friedenskreise ins Leben zu rufen¹⁵, entstanden 1984 mit „Schalom“ in Berlin, „Blattwerk“ in Halle, „Friedensnetz“ in Mecklenburg, „Kontakte“ in Leipzig und „Friedensreader“ in Rudolstadt fünf neue regionale Informationsblätter kirchlicher Gruppen, die mehr oder weniger regelmäßig erschienen¹⁶. Im selben Jahr kam in Leipzig die erste Ausgabe des „Anschlags“ heraus, der ein Experimentierfeld für eine neue, unabhängige Kunst und Literatur darstellte, manchmal aber auch politische Themen ansprach¹⁷.

Während diese frühen Blätter aus Furcht vor Repressalien eher zurückhaltend agierten und sich zumeist auf Terminankündigungen, Selbstdarstellungen christlicher Gruppen und gesellschaftliche Themen mit religiösem Bezug konzentrierten, änderte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das Profil des Samisdat: Politische Fragen gewannen nun an Bedeutung, die Sprache entkleidete sich zunehmend kirchlicher oder staatstragender Verbrämungen, Layout und Inhalt wurden professioneller. Auf die Konstituierungsphase (1980–1985) folgte die Expansionsphase (1986–1989), in der die inoffizielle Publizistik den engen

14 Von den „Anstößen“ erschienen bis zur Einstellung (1987) insgesamt 19 Ausgaben.

15 Vgl. Frithjof Heller, Unbotmäßiges von „Grenzfall“ bis „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 11, S. 1191 f.

16 Von „Schalom“ und seinen Nachfolgeblättern („aktuell“, „Wendezeit“, „Wegzehrung“ etc.) sind insgesamt 28 Ausgaben überliefert, von „Blattwerk“, das nur mit Unterbrechungen und zeitweise unter anderem Namen erscheinen konnte, zehn Ausgaben, vom „Friedensnetz“ ebenfalls zehn und von „Kontakte“ 27 Ausgaben (alle bis November 1989); vom „Friedensreader“ erschienen zwischen 1984 und 1986 insgesamt 13 Hefte.

17 So zeigte die letzte Seite von „Anschlag I“ ein Foto der 1968 durch die SED verfügten Sprengung der Leipziger Universitätskirche, und ab 1986 erschienen vermehrt auch unmittelbar politische Texte wie die Thesen von Friedrich Schorlemmer zum Kirchentag in Halle. Die Herausgeber wurden deshalb vom Staatssicherheitsdienst in mehreren Vorgängen „operativ bearbeitet“ – „mit dem Ziel der konsequenten Unterbindung der weiteren Herstellung bzw. des Vertriebs“; vgl. Operativ-Information, Nr. 1/85; BStU, ASt Lpz, OV „Nica“, AOP 681/86, Bd. 3, Bl. 179. Vgl. Jacques Poumet, Die Leipziger Untergrundzeitschrift aus der Sicht der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 1, S. 67 ff. Insgesamt erschienen vom „Anschlag“ zwischen 1984 und 1989 zehn Ausgaben und zwei Sonderhefte.

Rahmen innerkirchlicher oder künstlerischer Vielfältigkeiten zunehmend durchbrach.

Deutlich wurde dies zunächst vor allem in Berlin: Seit Dezember 1985 gaben hier Kreise der „Offenen Arbeit“ (OA) mit Jugendlichen in unregelmäßigen Abständen den provokanten „mOAningstar“ heraus¹⁸. Im Juni 1986 erschien dann die erste Nummer des „Grenzfalls“, der von der kirchenunabhängigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ herausgegeben wurde¹⁹. Auch die Umwelt-Bibliothek in der Zionsgemeinde begann 1986 mit der Produktion eines Informationsblattes, das unter dem Namen „Umweltblätter“ bald zu einer der wichtigsten Samisdat-Zeitschriften wurde²⁰.

Zu einer Welle politisch motivierter Zeitschriftengründungen kam es ab 1987, wobei freilich angesichts des inoffiziellen Status der Blätter manchmal nur eine einzige Ausgabe erschien. Die Zahl der bislang bekannt gewordenen Periodika stieg von 20 (1987) auf 30 (1988) und schließlich auf annähernd 40 (1989)²¹. Nach einer – unvollständigen – Auflistung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) „über beachtenswerte nichtgenutzte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts“ lagen die regionalen Schwerpunkte 1989 mit sieben Informationsblättern in Berlin („Arche Nova“, „Aufrisse“, „Friedrichsfelder Feuermelder“, „Kontext“, „Ostkreuz“, „Umweltblätter“ und „Wendezeit“), mit fünf im Bezirk Leipzig („Anschlag“, „Glasnost“, „Kontakte“, „Solidarische Kirche“ und „Streiflichter“), mit vier im Bezirk Halle („Blattwerk“, „Informationsblatt Nachtgebete“, „Die Pustebelme“ und „Brief aus der Haltestelle“) und mit drei im Bezirk Dresden („Lila Band“, „Lausitzbotin“ und „Wir Ahnungs-

18 Der „mOAningstar“ ist nur bruchstückhaft überliefert – mit bislang insgesamt sieben Ausgaben.

19 Vom „Grenzfall“ erschienen bis Januar 1988 insgesamt 12 Ausgaben, später, von anderen Herausgebern, weitere 4; die frühen Ausgaben sind dokumentiert in: Ralf Hirsch/Low Kopelew (Hrsg.), Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum, Berlin 1989 (Selbstverlag).

20 Von den „Umweltblättern“ erschienen bis Oktober 1989 insgesamt 32 Ausgaben, die teilweise dokumentiert sind in: Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992. Im ersten halben Jahr hießen die Hefte noch „Umwelt-Bibliothek. Informationen und Mitteilungen“.

21 Exakte Zahlenangaben zu machen ist schwierig, da von manchen „Periodika“ nur eine Ausgabe erschien, von manchen „Einzelpublikationen“ aber mehrere Hefte. Eine ausführliche Übersicht über die Samisdatpublikationen im Zeitraum 1969–1990 gibt: Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin – Bonn 1997, S. 756 ff.

losen“)²². Darüber hinaus erschienen zahlreiche Einzelpublikationen mit oftmals buchähnlichem Charakter, etwa zum Uran-Bergbau in der DDR („Pechblende“), zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR („Spuren“) oder zur Tagung des Internationalen Währungsfonds in Westberlin („Schuldenkrise“).

Inoffizielle Veröffentlichungen kamen jetzt nicht mehr nur in den großen Städten heraus, sondern auch in kleineren Ortschaften wie Knau („Die Leidplanke“), Eilenburg („Unkraut“) oder Forst („Aufbruch“)²³. Zudem differenzierte sich das Spektrum der regelmäßig erscheinenden Blätter in unterschiedlich akzentuierte politische Richtungen, wie sie beispielsweise im linkssozialistischen „Friedrichsfelder Feuermelder“, in den anarchistisch-basisdemokratischen „Umweltblättern“ oder in den radikaldemokratisch orientierten Publikationen der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Grenzfall“ und „Art. 27“, vertreten wurden²⁴. Zugleich zeigten sich bei den Veröffentlichungen wachsende Unterschiede in den redaktionellen Konzepten – zwischen praktisch orientierten und theoretisch ausgerichteten Heften, zwischen lokal verankerten, überregional oder DDR-weit agierenden Periodika, zwischen Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Analysen, künstlerischen Essays, kommentarlosen Dokumentationen oder kürzeren Informationen.

Im Herbst 1989 führten die Zuspitzung der inneren Spannungen und der revolutionäre Umbruch in der DDR dann zu einer geradezu explosionsartigen Zunahme inoffiziell vervielfältigter Schriften. Die sich überstürzenden Ereignisse verlangten jetzt vor allem kurze, aktuelle Informationen in hoher Auflage. Die „Umweltblätter“ erschienen deshalb ab dem 10. Oktober im Abstand von wenigen Tagen und ab November wöchentlich unter dem neuen Namen „telegraph“. Darüber hinaus wurde von den neu gegründeten Gruppierungen

22 Insgesamt wurden vom MfS zu diesem Zeitpunkt nach nicht ganz klaren Kriterien 27 „beachtenswerte nicht-genehmigte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters, sogenannte Informationsblätter“ erfaßt; vgl. MfS, Information Nr. 168/89 über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, Anlage, Matthias-Domaschk-Archiv (MDA) Berlin.

23 Von der „Leidplanke“ erschienen 2 Ausgaben, von „Unkraut“ 4 und vom „Aufbruch“ 12 Hefte sowie ein sogenanntes „innerkirchliches Rundschreiben“.

24 Vom „Friedrichsfelder Feuermelder“ sind insgesamt 18 Ausgaben und 5 Extrablätter überliefert, vom „Art. 27“ erschienen 1987 insgesamt 5 Ausgaben. Zu „Grenzfall“ und „Umweltblätter“ vgl. Anm. 19 und 20.

eine große Zahl von Gründungsaufufen und periodischen Informationsschriften vervielfältigt wie „Demokratie jetzt“ oder „Neues Forum“, und mit der im Oktober 1989 begonnenen „edition KONTEXT“ entstand der erste unabhängige Verlag für gesellschaftspolitische Themen. Die Gegenöffentlichkeit wurde zur Öffentlichkeit.

III. Themen und Profile

Die Entstehung und Ausbreitung der inoffiziellen politischen Publizistik in der DDR steht in direktem Zusammenhang mit der kritischen Basisbewegung, die sich seit Ende der siebziger Jahre im Schutzraum der Kirchen formierte. Nach Analysen des MfS stieg die Zahl der „feindlich-negativen Personenzusammenschlüsse“ bis zum Frühjahr 1989 auf 159, wobei diese seit 1986 in verstärktem Maße bestrebt gewesen seien, „Vervielfältigungserzeugnisse politisch negativen bis antisozialistischen Inhalts und Charakters herzustellen und zu verbreiten“²⁵. Tatsächlich gehörten die kritische Information in einer gleichgeschalteten Medienlandschaft, die Herstellung von Öffentlichkeit für die totgeschwiegenen Anliegen und Aktivitäten der Gruppen und die Vernetzung der Friedens-, Umwelt- und anderen Kreise in einer künstlich atomisierten Gesellschaft zu den wichtigsten Anliegen der Akteure.

Die inoffiziellen politischen Schriften spiegeln deshalb in starkem Maße die Vorstellungswelt der Gruppen – gebremst und verzerrt allerdings durch die unterschiedlich großen Handlungsspielräume, die bei einzelnen Themen bestanden, sowie durch den ungleichen Zugang zur notwendigen Vervielfältigungstechnik. Allen Veröffentlichungen gemeinsam ist ein diskursiver Ansatz, der das selbstgeschaffene Medium nicht als „Zentralorgan“ einer programmatisch festgelegten „Partei“, sondern als basisdemokratisches „Forum“ von Lesern und Gruppen begreift. Auch der Themenhorizont ist relativ einheitlich auf Fragestellungen zentriert, die die Gruppen seinerzeit beschäftigten: innere und äußere Abrüstung, Umweltprobleme und ökologische Lebensweise, Auseinandersetzungen mit dem Parteistaat und der Kirche, Menschenrechte, Demokratisierung und Reformen, Solidarität mit

25 MfS, Information Nr. 168/89 (Anm. 22), S. 1. Ausführlicher zur zahlenmäßigen Verbreitung der Gruppen: Hubertus Knabe, Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 23 ff.

der Dritten Welt, Freiheit der Kultur und verantwortlicher Umgang mit der jüngeren Geschichte. Schließlich wurden die Themen, wie oftmals bei sozialen Bewegungen, in starkem Maße von symbolhaften Konflikten bestimmt, an denen sich das kritische Potential formieren und festigen konnte²⁶.

Wegen der häufigen Vermischung der Themen ist eine quantitative Gewichtung der einzelnen Topoi nicht möglich. Deutlich ist aber die Dominanz von Artikeln zur Umweltproblematik sowie zu den diversen Aktivitäten der Gruppen selbst – im Fall des seit Februar 1988 in der Region Forst herausgegebenen „Aufbruchs“ beispielsweise mit jeweils rund 20 Prozent. Auch Blätter, die sich explizit einem Thema widmen wollten, etwa dem Umweltschutz, haben daneben immer wieder andere Fragen behandelt.

Die lebhaften Friedensaktivitäten in den frühen achtziger Jahren, vor allem für die Abschaffung des Wehrunterrichtes, für die Einführung eines sozialen Friedensdienstes (SoFd) und gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, haben in vergleichsweise wenigen Publikationen konzentrierten Niederschlag gefunden. Die SED reagierte auf staatsunabhängige Versuche, mit dem Friedensthema an die Öffentlichkeit zu gehen, außerordentlich restriktiv, nachdem sie im Zusammenhang mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ die Erfahrung gemacht hatte, wie ihre eigene Propaganda einer unkontrollierten politischen Bewegung Auftrieb gegeben hatte²⁷. Aufrufe wie der „Berliner Appell“ von Rainer Eppelmann und Robert Havemann oder der Text der Dresdner SoFd-Initiative gingen zwar von Hand zu Hand, doch neben einigen Dokumentationen des DDR-Kirchenbundes²⁸ konnten in der

26 Zur Bedeutung von Symbolen beim Sturz der kommunistischen Systeme vgl. Helmut Fehr, *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*, Opladen 1996, S. 232 ff.

27 SED und MfS unternahmen Anfang der achtziger Jahre umfangreiche Maßnahmen zur „Zurückdrängung“ der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Exemplarisch dafür steht das Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 16. 4. 1982, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) DY 30/IVB2/14/57. Vgl. ausführlicher: Klaus Ehring/Martin Dallwitz, *Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR*, Reinbek 1982; Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“*, Berlin – Frankfurt/M. 1995, S. 456 ff.

28 Dazu zählen vor allem das 1979 erschienene Heft „Erziehung zum Frieden“, die Materialien zur jährlichen Friedensdekade im November sowie die vom Referat Friedens-

Frühzeit des Samisdat lediglich der „Friedensreader“ in Rudolstadt, das „Friedensnetz“ in Mecklenburg sowie das unter wechselndem Namen herausgegebene Periodikum des Friedenskreises der Ostberliner Samaritergemeinde mehr oder weniger regelmäßig Texte zur Friedensproblematik veröffentlichten.

Mit dem „Friedensreader“ wollten die Herausgeber – das Pfarrerehepaar Uwe und Bettina Koch – „alle zwei bis drei Monate ein Material zur Friedensarbeit in den Gemeinden anbieten, und dies an Interessenten in Thüringen weitergeben“²⁹. Die zehn bis zwölf Seiten umfassenden Hefte enthielten Berichte von Veranstaltungen und überregionalen Zusammenkünften, Reflexionen und Erklärungen zur kirchlichen Friedensarbeit, Eingaben und Unterschriftenappelle etc. Auch das „Friedensnetz“ zielte – was schon im Namen zum Ausdruck kommt – auf eine stärkere Verknüpfung der Friedensgruppen, nicht zuletzt durch die Veröffentlichung von Informationen über entsprechende Veranstaltungen. Im Editorial der zweiten Ausgabe wurden die Leser ausdrücklich um Mitarbeit gebeten, um, wie es hieß, „das ‚Friedensnetz‘ fester zu machen...“³⁰. Die vom „Arbeitskreis Kontakt & Information“ der Samaritergemeinde zusammengestellten Hefte sollten „vor allem die Gemeinde besser unterrichten über Diskussionen und Standpunkte“ und „Hinweise auf Veranstaltungen, auch von anderen Friedenskreisen“ geben³¹. „Kontrovers soll die Diskussion sein“, umschrieb die Redaktion ihr Selbstverständnis, „aber um jeden Preis konstruktiv & objektiv.“³²

Die Umweltproblematik als das zweite große Thema der DDR-Basisgruppen bildete demgegenüber den Ausgangspunkt für eine deutlich größere Zahl (12) von Zeitschriften – gerade auch in der Entstehungsphase des Samisdat. Vorreiter waren hier die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch–Natur“ (später: Mensch–Umwelt), die sich als ein „Kontaktpapier für umweltengagierte Christen“ verstanden und „Erfahrungsberichte, Hinweise und Meinungsäußerungen“ veröffentlichen wollten³³. Die „Briefe“ sollten Christen, die sich mit ökologischen Fragen beschäftigten, infor-

fragen der Theologischen Studienabteilung in der Reihe „Informationen und Texte“ veröffentlichten Hefte.

29 *Friedensreader* 1, hrsg. vom Evangelischen Stadtjugendpfarramt Rudolstadt (Januar 1984), S. 1.

30 *Friedensnetz*, 2/84, S. 0.

31 Rainer Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland*, Köln 1993, S. 124.

32 *Schalom*, 0-84 (April 1984), S. 1.

33 *Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Natur*, 1. Brief, Januar 1980, S. 1.

mieren, inspirieren und zusammenführen und basierten tatsächlich zu einem beträchtlichen Teil auf ausführlichen Zuschriften oder Artikeln von externen Autoren. Sie enthielten ausführliche Analysen zu einzelnen ökologischen Themen, Auszüge aus in der DDR versteckt erschienenen Veröffentlichungen, Rezensionen, Tagungsberichte, Aufrufe und Hinweise auf Materialien, Aktivitäten oder umweltschonende Technologien. Die politische Ausrichtung der „Briefe“ war, wie die des Herausgebers, Peter Gensichen, eher gemäßigt, was in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Gründung anderer, radikalerer Umweltblätter beförderte.

Auch einzelne Umweltgruppen gaben bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eigene Informationsschriften heraus. Die seit 1981 in Leipzig vervielfältigten „Streiflichter“ dienten anfangs vor allem der aktuellen Information und Verständigung innerhalb der AG Umweltschutz, doch ab 1988 wurden auch zu anderen Themen verstärkt Artikel veröffentlicht – zur Sprengung der Leipziger Universitätskirche beispielsweise, zur Situation in Rumänien und in China, zur Zensur der Kirchenpresse, zur Fälschung der Kommunalwahlergebnisse oder zum Umgang mit Geschichte in der DDR. Weitere Umweltblätter wurden von der „Ökologischen Arbeitsgruppe des Kirchenkreises Halle“ herausgegeben („Blattwerk“), vom „Ökumenischen Arbeitskreis Naturschutz der St. Pauli-Kreuz-Gemeinde“ in Karl-Marx-Stadt („Grün-Kreuz-Blätter“) und vom „Ökologischen Arbeitskreis“ in Ilmenau („Zwischenruf“) – um nur einige, weniger bekannte Beispiele zu nennen.

Wie in der Friedensbewegung wurde auch von den Umweltinitiativen versucht, ein *gemeinsames* Blatt aller Gruppen ins Leben zu rufen. Nach einem überregionalen Treffen im Kirchlichen Forschungshaus gründeten Umweltengagierte um Nikolaus Voss 1982 die „Anstöße von und für christliche Umweltgruppen“, die jedoch ihren selbstgesetzten Anspruch, als „DDR-weites Infoblatt“ zu fungieren, nur begrenzt verwirklichen konnten und ihr Erscheinen 1987 einstellen mußten. Beim DDR-weiten Treffen „Frieden konkret“ wurde deshalb 1987 vereinbart, ein neues Informationsblatt herauszugeben, das unter dem Titel „Umweltbriefe“ erschien. Da jedes Heft von einer anderen Gruppe herausgegeben wurde, diente es aber weniger der Vernetzung als vor allem der Selbstdarstellung der einzelnen Initiativen und ihrer Themen. Mit der Gründung des „Grün-ökologischen Netzwerkes Arche“ entstanden 1988 dann die Blätter „Arche Info“ und „Arche Nova“,

die – bei manchen Gruppen nicht unumstritten – erstmals einen deutlich politisch-organisierenden Anspruch verfolgten und dies mit einem hohen fachlichen Niveau zu verbinden suchten: „Den Prinzipien von Glasnost und Perestrojka verpflichtet“, so skizzierten seinerzeit die Herausgeber um Carlo Jordan ihre Absichten, „wollen Arche Nova und Arche-Info berichten und informieren über Umweltprobleme, -belastungen und -zerstörungen in unserem Land ... Dabei werden vorrangig solche sozio-ökologischen Probleme benannt, die gesamtgesellschaftlicher Natur sind und sich nicht durch Öko-Ratschläge für individuelles Verhalten (Halten wir auch für wichtig!) beseitigen lassen.“³⁴

Einen dritten, etwa ähnlich starken Strang von zunehmender Relevanz bildeten Blätter, die sich einem eher allgemeinen Themenspektrum wandten. Dazu zählten beispielsweise die vom Friedens- und Umweltkreis der Ostberliner Zionsgemeinde seit September 1986 herausgegebenen „Umweltblätter“, die schon nach kurzer Zeit nicht mehr vorrangig ökologische Probleme behandelten, sondern über alle möglichen politischen Themen intensiv berichteten. Durch ihr regelmäßiges Erscheinen, ihren respektlosen Ton und die Veröffentlichung von Erklärungen, Berichten, Kommentaren und Hinweisen zu den Aktivitäten der Gruppen und zu ihren Konflikten mit Staat und Kirche spielten die „Umweltblätter“ eine wesentliche Rolle bei der Vernetzung und Organisation der entstehenden DDR-Opposition³⁵.

Eine ähnliche Bedeutung als allgemeinpolitisches, themenübergreifendes Forum hatte auch der „Grenzfall“, der, ohne irgendeine kirchliche Trägerschaft, von Juni 1986 bis Januar 1988 erschien. Anspruch der Herausgeber war es, „ein DDR-weites Informationsnetz auf- und auszubauen, um den einzelnen Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts-, Zweidrittelwelt- und sonstigen Gruppen, die über staatliche Medien keine Möglichkeit zur Informationsweitergabe bzw. -verbreitung besitzen, den Weg zur Verständigung untereinander zu ebnen. ... „Grenzfall“ beabsichtigt, regelmäßig ein Informationsblatt herauszugeben, in dem Beiträge verschiedener Arbeitskreise, Berichte über die eigene thematische Arbeit sowie Stellungnahmen zu aktu-

³⁴ Zitiert nach: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth, Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–1990, S. 190. Von „Arche Nova“ erschienen bis zum Herbst 1989 4 Ausgaben, von „Arche Info“ mindestens 4 sowie weitere in Sachsen, Thüringen u.a. Regionen.

³⁵ Ausführlich zur Geschichte der „Umweltblätter“: W. Rüdtenklau (Anm. 20).

ellen politischen Ereignissen veröffentlicht werden sollen.“³⁶ Tatsächlich bestanden die insgesamt 14 Ausgaben zum überwiegenden Teil aus kürzeren Nachrichten oder Dokumentationen zu einem breiten Themenspektrum, das von der kritischen Kommentierung offiziöser Ereignisse wie des XI. Parteitags der SED über die Auseinandersetzung mit der Politik der Kirchen gegenüber den Gruppen bis zur Berichterstattung über die Entwicklung in anderen sozialistischen Staaten reichte.

Ein drittes Berliner Blatt dieser Art war der im April 1987 gegründete „Friedrichsfelder Feuermelder“, der vom Friedenskreis Friedrichsfelde um Reinhard Schult herausgegeben wurde. In der ersten Ausgabe gab die vierköpfige Redaktion ihrer Hoffnung Ausdruck, „daß wir etwas dazu beitragen können, Wissen und Information zu unterbreiten, diskussionsfähig zu machen, sachkundiger hinterfragen zu können“³⁷. In Berichten, Kommentaren und Dokumentationen wurden – neben diversen außenpolitischen Themen und einer intensiven Berichterstattung über die Reformpolitik in der Sowjetunion – insbesondere die Konflikte mit der Kirchenleitung um die Berliner „Friedenswerkstatt“ und den „Kirchentag von unten“ sowie die aktuellen Auseinandersetzungen mit der SED um das Auftrittsverbot für Freya Klier und Stephan Krawczyk, die Relegation von Schülern der Ossietzky-Oberschule und das Verbot der deutschsprachigen sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die DDR-Führung behandelt.

Dieselben thematischen Linien finden sich auch in vielen anderen Blättern wieder – vom „Friedensnetz“ in Mecklenburg über das „Arbeitsmaterial der Dresdner Friedens-, Umwelt- und Zweidrittelwelt-Gruppen“ bis zum „Ausblick“ in Magdeburg und zur „Plattform“ in Erfurt. Auf einem weniger ausgereiften Niveau beschäftigten sich auch die in kleineren Städten erscheinenden Blätter wie „Der Straßenfeger“ (Quedlinburg), „Zwischenruf“ (Ilmenau) oder „Aufbruch“ (Region Forst) mit ähnlichen Themen. Daneben bildeten sich aber in verstärktem Maße auch Periodika, die ein thematisch eingengerteres Konzept verfolgten wie die Kulturzeitschriften „Anschlag“ und „Glasnot“, die „Briefe“ der „Initiative Hoffnung Nicaragua“ (alle Leipzig), die Frauenzeitung „Lila Band“ (Dresden), die auf Osteuropa orientierte Zeitschrift „Ostkreuz“ (Berlin) oder die nach einem Brücken-

schlag zwischen unabhängiger Kultur und Politik strebende Zeitschrift „Kontext“ (Berlin)³⁸.

IV. Herstellung und Verbreitung

Die Entstehung und Stabilisierung eines Sektors unabhängiger politischer Gruppen war nur die *eine* Voraussetzung für das Erscheinen einer wachsenden Zahl inoffizieller Publikationen. Ebenso notwendig war die Existenz der technischen und materiellen Voraussetzungen für deren praktische Herstellung. Tatsächlich korrelierte das Anschwellen der Samisdat-Produktion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit deutlich verbesserten Möglichkeiten der Vervielfältigung.

In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren konnten politische Texte außerhalb staatlicher Kontrolle fast ausschließlich per Schreibmaschine, Siebdruck oder als Spiritusabzug auf einer kleinen Zahl kircheneigener Geräte vervielfältigt werden. Lediglich größere kirchliche Institutionen wie das Evangelische Jungmännerwerk, die Theologische Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund oder das Kirchliche Forschungsheim verfügten bereits damals über Geräte, die mit Wachsmatrizen betrieben wurden und mit denen höhere Auflagen hergestellt werden konnten. Durch Einfuhren aus dem Westen und Devisenkäufe in der DDR änderte sich diese Situation in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre grundlegend, so daß der Staatssekretär für Kirchenfragen 1988 davon ausging, „daß nahezu jede Kirchengemeinde (d. h. ca. 7 800) Eigentümer eines oder mehrerer Vervielfältigungsgeräte ist“. Allein in den Jahren 1984 bis 1987 hätten die Kirchen mit Genehmigung der Behörden rund 400 zum Teil hochmoderne Geräte eingeführt³⁹. Mit dem Erstarken der innerkirchlichen Basisbewegung wuchs zugleich der Druck auf die Verantwortlichen, diese Geräte vermehrt für gesellschaftskritische Vervielfältigungen zur Verfügung zu stellen. Einzelne Gruppen verschafften sich zudem eigene Geräte, über die sie eigenverantwortlich verfügten.

38 Von „Glasnot“ erschienen bis Dezember 1989 8 Ausgaben, von „Lila Band“ 6, von „Ostkreuz“ eine, von „Kontext“ 7 und ein Sonderheft. Zum „Anschlag“ vgl. Anm. 17.

39 Problematik der Anwendung und Durchsetzung der Druckgenehmigungsanordnung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften, Anlage Nr. 2 zum Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Löffler, an Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky vom 26. 8. 1988, Bundesarchiv, Außenstelle Berlin (BA), DO 4-922, S. 1.

36 Grenzfall, 1. Ausgabe zur Berliner Friedenswerkstatt, 29. 6. 1986, S. 1, dokumentiert in: R. Hirsch/L. Kopelew, Grenzfall (Anm. 19), S. 1.

37 Friedrichsfelder Feuermelder, April 1987, S. 1.

Die frühen Samisdat-Blätter erschienen vor diesem Hintergrund durchweg in geringen Auflagen und zumeist als Spiritusabzug (Ornig). Von den Leipziger „Streiflichtern“ wurden beispielsweise im örtlichen Stadtjugendpfarramt anfangs rund 80 Exemplare hergestellt und an Mitglieder sowie Gleichgesinnte in anderen DDR-Städten versandt. Die Zahl der Empfänger der „Anstöße“ betrug zu Beginn sogar nur 30 und lag auch nach der fünften Ausgabe immer noch bei 60. „Schalom“ bezogen immerhin 94 Abonnenten, während die erste Ausgabe des „mOAningstar“ nur aus 30 Handzetteln bestand. Eine Ausnahme bildeten nur die vom Kirchlichen Forschungsheim herausgegebenen „Briefe“, von denen jeweils mehrere hundert Exemplare vervielfältigt wurden. Wegen des großen Interesses und des vergleichsweise großen Umfangs von 14 Seiten war man aber auch hier bereits bei der zweiten Ausgabe „an der oberen Grenze des technisch für uns Machbaren gelangt“⁴⁰ und rief dazu auf, das eigene Exemplar an andere Leser weiterzureichen.

Nur allmählich und punktuell verbesserten sich ab Mitte der achtziger Jahre die Herstellungsmöglichkeiten. Die Samaritergemeinde erhielt vom Konsistorium ein modernes Wachsmatritzengerät, was die Vervielfältigung deutlich vereinfachte⁴¹. Das „Blattwerk“ in Halle erschien bereits in 100 bis 150 Exemplaren, die „Grün-Kreuz-Blätter“ in Karl-Marx-Stadt in 50 bis 150, das „Friedensnetz“ in Mecklenburg in 200 bis 250, das „Lila Band“ in Dresden in 250 bis 600, der „Zwischenruf“ in Ilmenau in 300, der „Kontext“ in Berlin in 200 bis 300 Exemplaren – durchweg hergestellt auf kirchlichen Maschinen, die sich vielfach in Kreiskirchenämtern oder Superintendenturen, manchmal aber auch in einfachen Gemeinden befanden.

Blätter, die ohne kirchliches Dach agierten, hatten es dagegen bedeutend schwerer. Die Zeitschriften der Künstlerszene wie „Anschlag“ oder „Glasnot“ in Leipzig wurden per Schreibmaschine, später zum Teil auch mit dem Computer vervielfältigt und erschienen nur in wenigen, im Höchstfall 60 Exemplaren. Der „Grenzfall“ mußte anfangs auf Fotopapier abgezogen werden und wurde dann in der „Umweltbibliothek“ als Spiritusabzug vervielfältigt. Erst als man sich ein Wachsmatritzengerät beschaffen konnte, wurde die Herstellung der monatlich 800 bis 1 000 Exemplare einfacher – bis das Gerät im November 1987 bei einer Durchsichtung beschlagnahmt wurde.

40 Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur, 2. Brief, Juni 1980, S. 2.

41 Vgl. R. Eppelmann (Anm. 31), S. 125 f.

Große Schwierigkeiten bereitete auch die Beschaffung von Matritzen, Farbe und Papier. In der DDR waren sie, zumal in größeren Mengen, kaum zu bekommen, so daß der Nachschub in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einem großen Teil mit Hilfe von Unterstützern wie Roland Jahn oder Ulrich Neumann im Westen besorgt werden mußte und über Besucher oder Korrespondenten eingeschmuggelt wurde⁴². Fast alle Blätter riefen ihre Leser zudem immer wieder zu Geld- oder Materialspenden auf, einige Publikationen wie „Arche Nova“ oder „Aufrisse“ wurden, um die Unkosten zu decken, zu Preisen von fünf oder zehn Mark verkauft.

Einen qualitativen Sprung machte die Samisdat-Produktion ab 1988, als in der „Umweltbibliothek“ damit begonnen wurde, die Wachsmatritzen per Computer zu beschreiben und auf eigenen Geräten zu vervielfältigen. Die grünen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Knabe und Caritas Hensei hatten dazu, unter Nutzung ihrer Immunität, moderne Abzugsgeräte eingeführt, so daß in den Räumen der Zionsgemeinde nun auch für andere Gruppen gedruckt werden konnte. Auflagen und Umfang der Hefte expandierten allenthalben und erreichten zum Teil 1 000 oder sogar 2 000 Exemplare bei manchmal bis zu 100 Seiten – beispielsweise bei den für eine Öffnung der DDR plädierenden „Aufrißen II“, der Dokumentation zu den Folgen des ostdeutschen Uran-Bergbaus „Pechblende“ oder den verschiedenen Ausgaben von „Arche Nova“⁴³.

Der Anstieg der Auflagen machte naturgemäß auch veränderte Vertriebswege notwendig. Während anfangs die inoffiziellen Publikationen in der Regel nur im Umfeld der jeweiligen Gruppe verteilt und an einige wenige Kontaktpartner in anderen Städten verschickt wurden, konnte man sie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer häufiger auch bei Veranstaltungen und größeren Zusammenkünften bekommen. Regelmäßig lagen die Hefte auf Büchertischen sowie in den nach Berliner Vorbild errichteten Friedens- und Umweltbibliotheken aus, so daß tatsächlich eine Art

42 Vgl. den Zeitzeugenbericht von Belinda Cooper, Die Arche Berlin-Brandenburg (West): Hilfe vom Klassenfeind, in: C. Jordan/H. M. Kloth (Anm. 34), S. 99 ff.

43 „Aufrisse II“ und „Pechblende“ erschienen in einer Auflage von rund 1 000 Exemplaren, „Arche Nova 1“ in 2 000 Exemplaren; zu den „Aufrißen“ vgl. Stephan Bickhardt (Hrsg.), Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – ein Arbeitsbuch, Berlin 1988; zur „Pechblende“ vgl. Michael Beleites, Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz, Berlin 1992; zu „Arche Nova“: C. Jordan/H. M. Kloth (Anm. 34).

„zweite Öffentlichkeit“ entstand, in der ein kontinuierlicher politischer Diskurs geführt werden konnte – außerhalb der staatlich kontrollierten Räume und ohne den Umweg über die westlichen Massenmedien.

V. Staatliche und kirchliche Reaktionen

Ein dritter Faktor für die Formierung des politischen Samisdat in der DDR war, neben den Ambitionen der Gruppen und den verbesserten technischen Möglichkeiten, die Reaktion des Staats- und Parteiapparates auf das unerlaubte Phänomen – und das Verhalten der Kirchen, die in den meisten Fällen als institutionelle Träger fungierten und die Technik kontrollierten.

Solange die nichtlizenzierten Veröffentlichungen überwiegend religiösen Charakter trugen und einen engen innerkirchlichen Rahmen nicht überschritten, wurden sie von den staatlichen Organen weitgehend toleriert. Der Mangel an Papier, Farben und Geräten beschränkte ohnehin die Herstellung, und größere Publikationen, z. B. zu Kirchentagen oder den jährlichen Friedensdekaden, legten die Kirchen in der Regel von sich aus, direkt oder indirekt, zur Genehmigung vor⁴⁴.

Fast alle Herausgeber suchten daher mit unterschiedlichen Mitteln, den ungenehmigten Veröffentlichungen einen betont kircheninternen Charakter zu verleihen – und damit unterhalb der Schwelle staatlicher Verfolgung zu bleiben. In der Regel trugen die Publikationen deshalb den Aufdruck „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ oder „Nur zur innerkirchlichen Information“, in den späten achtziger Jahren auch selbstbewußter „Natürlich innerkirchlich“. Manche, vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, präsentierten sich bewußt als „Brief“, andere verzichteten, um die periodische Erscheinungsweise zu verdecken, auf eine Numerierung der Hefte; „Arche Nova“ half sich sogar mit einer fiktiven Drucknummer der Kirche.

44 Kirchentagsmaterialien wurden meist förmlich zur Druckgenehmigung eingereicht, während die Materialien zu den jährlichen Friedensdekaden informell dem Staatssekretär für Kirchenfragen vorgelegt – und im Fall der „politischen Beeinspruchung“ – häufig auch korrigiert wurden; ohne vorherige Rücksprache mit dem Staat erschienen hingegen die Schriften der Theologischen Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund und des Kirchlichen Forschungszentrums in Wittenberg.

Natürlich ließen sich die Sicherheitsorgane davon nicht täuschen. Sobald eigenständige politische Ambitionen erkennbar wurden, setzten staatliche Gegenmaßnahmen ein – wobei sich, auch aus taktischen Gründen, beim MfS die Maßstäbe im Laufe der Zeit verschoben⁴⁵.

Fast immer richtete sich der Druck dabei nicht direkt gegen die Blattmacher, sondern gegen die Kirchenverantwortlichen, die von den staatlichen Behörden – dem Staatssekretär für Kirchenfragen und den ihm nachgeordneten Abteilungen für Kirchenfragen in den Bezirken und Kreisen – ultimativ aufgefordert wurden, die „Rechtsverstöße“ in ihren Reihen zu unterbinden. Eine endlose Reihe von „Aussprachen“ zu diesem Thema ist dazu in den Aktenbeständen von Staat und Kirche überliefert.

Ein frühes Beispiel für dieses Vorgehen sind die Versuche, das Erscheinen der Hefte aus der Berliner Samaritergemeinde zu verhindern. Nachdem im Mai 1984 die zweite Ausgabe erschienen war, beschwerte sich die Abteilung Inneres beim Berliner Magistrat massiv über das „ungenehmigte Periodikum“. Obwohl die Herausgeber daraufhin ihr Konzept änderten (das Heft erschien nun als „Informationsbrief“ an persönlich angeschriebene Personen und erhielt eine kirchliche Registrierungsnummer, es veröffentlichte keine Fortsetzungsartikel mehr, und die Ausgaben wurden nicht mehr numeriert), bezeichnete der Leiter der Abteilung Kirchenfragen in Berlin, Mußler, den „Brief“ im Februar 1985 als „staatsfeindlich“ und drohte mit der Einziehung des Vervielfältigungsgerätes. Der

45 So wurden die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur“ vom MfS noch 1983 als „Mißbrauchshandlung“ gewertet, 1989 aber in einer zentralen Zusammenstellung nicht mehr erwähnt – wahrscheinlich, weil sie im Vergleich zu anderen, radikaleren Umweltblättern als „kleineres Übel“ galten. Vgl. MfS, Hochschule, Studienmaterial Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren“ Opposition in der DDR, VVS JHS 0001-125/83, S. 78, MDA; Auskünfte zu staatlich nicht-genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen, ohne Datum, Anlage zum Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an die Leiter der Dienststellen, VVS MfS 0008-39/89, MDA. Als der Herausgeber der „Briefe“ 1987 eine ohne Genehmigung vervielfältigte Broschüre zur Kernenergie an Erich Honecker sandte, sollte er sogar eigens zu einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz eingeladen werden, bei dem allerdings auch erneut „das Unterlaufen staatlicher Normen“ beeinsprucht werden sollte. Vgl. AG Kirchenfragen, Vermerk für Frank-Joachim Hermann, Büro Honecker, vom 30. 4. 1987, S. 2; BA, DY 30/IV 62/14/23.

Berliner Generalsuperintendent Krusche entzog daraufhin den Herausgebern die Registriernummer und das Gerät. Trotz Vorlage eines Rechtsgutachtens durch die Herausgeber und wiederholter Gespräche im Konsistorium meinten dessen Vertreter, daß ein weiteres Erscheinen „politisch unverantwortlich“ sei, so daß das Blatt (vorübergehend) eingestellt werden mußte⁴⁶.

Ähnlich erging es den „Anstößen von und für christliche Umweltgruppen“. Nachdem Kuratorium und Mitarbeiter des Kirchlichen Forschungsheimes im Sommer 1985 die weitere Herausgabe des Heftes abgelehnt hatten, so daß eine bereits fertiggestellte Ausgabe nicht mehr erscheinen konnte, übernahm im Februar 1986 die Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) die Trägerschaft. Kirchlichen Vertretern wurde daraufhin in Gesprächen in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen erklärt, daß die Herausgabe einer periodischen Zeitschrift für Umweltgruppen das Arbeitsgebiet der Geschäftsstelle überschreite und rechtlich „nicht möglich“ sei. Sollte das Heft weiterhin erscheinen, würde dies „eine Überprüfung der bisherigen Großzügigkeiten in bezug auf Publikationen des kirchlichen Forschungsheimes und der Theologischen Studienabteilung“ zur Folge haben. Der Beirat der Geschäftsstelle sah sich daraufhin „genötigt, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und damit die Herausgabe einzustellen“⁴⁷.

Gleichwohl gelang es auf diese Weise nicht, die inoffizielle Publizistik auf breiter Front zu stoppen. Einzelne Pastoren oder Kirchenverantwortliche verteidigten die ungenehmigten Publikationen als Ausdruck kirchlicher Arbeit oder unternahmen zumindest nichts gegen sie. Im Vorfeld des Honecker-Besuches in Bonn (September 1987) und der Unterzeichnung des gemeinsamen Papiers von SED und SPD, in dem diese sich zu den Prinzipien des politischen Dialogs verpflichteten (August 1987), kam es sogar zu einer Ausweitung der Spielräume, da die SED größeren Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen suchte. Selbst der „Grenzfall“, der über keinerlei kirchliche Anbindung verfügte und in scharfem Gegensatz zur offiziellen Politik stand, konnte seinerzeit über ein Jahr

lang ungehindert erscheinen, weil, den Aussagen eines MfS-Mitarbeiters zufolge, „die Parteiführung keine Entscheidung darüber getroffen hatte, die Publikation durch Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens, wie sie von uns vorgesehen war, zumindest erstmal für illegal zu erklären“⁴⁸.

Eine Wende erfolgte im November 1987, als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in die Ostberliner Umweltbibliothek eindringen und sieben Personen verhafteten, die gerade die „Umweltblätter“ druckten⁴⁹. Das Abzugsgerät sowie Teile einer noch nicht fertiggestellten „Grenzfall“-Ausgabe wurden beschlagnahmt. Durch Inoffizielle Mitarbeiter informiert, wollte das MfS die Hersteller des „Grenzfalls“ auf frischer Tat überführen, denn inzwischen hatte die Parteiführung der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen zugestimmt⁵⁰. Kurz zuvor hatte das ZK-Sekretariat im Zusammenhang mit der Bundessynode in Görlitz den Grundsatzbeschluß gefaßt: „Für staatsfeindliche Losungen und Aktionen, in welchem Gewande auch immer, gibt es bei uns keinen Raum.“⁵¹

Die Aktion der Staatssicherheit erwies sich jedoch als Bumerang, da der Druck des „Grenzfall“ kurzfristig verschoben worden war und somit keine gerichtsfesten Beweise vorlagen. Unter dem Druck einer DDR-weiten Solidaritätsbewegung mußten die Verhafteten vielmehr wenige Tage später wieder freigelassen und die Verfahren eingestellt werden – ein klarer Sieg der Opposition. Staatssicherheit und Parteiführung suchten nun in einer konzertierten Aktion, die illegalen Publikationen im ganzen Lande zurückzudrängen, ohne dabei zu strafrechtlichen Maßnahmen zu greifen, die als außen- und innenpolitisch schädlich betrachtet wurden⁵². Im Auftrag des MfS gingen die Behörden jetzt vor allem mit Ordnungsstrafen gegen die Blattmacher vor – so gegen die Zeitschriften „Friedensnetz“, „Kontext“, „Informationsblatt Nachtgebete“, „Straßenfeger“, „Aufbruch“ oder „Lausitzbotin“. In Halle wurde im

48 Christina Wilkening, *Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter*, Berlin 1990, S. 59.

49 Ausführlich dazu: Dokumenta Zion. Sonderausgabe zu den Ereignissen um die Zionsgemeinde (Dezember 1987), MDA.

50 Vgl. C. Wilkening (Anm. 48), S. 60.

51 „Zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“, Anlage 1 zum Protokoll Nr. 112 der Sitzung des Sekretariates des ZK am 14. 10. 1987, SAPMO IV/2/3/4171, S. 3.

52 Zum grundsätzlichen Problem der Vermeidung strafrechtlicher Verfolgung in den achtziger Jahren vgl. Hubertus Knabe, „Weiche“ Formen der Verfolgung. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997) 5, S. 709 ff.

46 Ausführlicher zu dem Konflikt: Arbeitskreis Information. Nachruf, o. Nr., o. D. (Anfang 1986), MDA.

47 Dieter Ziebarth, Gedächtnisprotokoll einer Besprechung in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen am 17. 10. 1986; Protokoll der Beiratssitzung vom 7. bis 9. 11. 1986 in Berlin G(eschäfts)S(telle), S. 2; Evangelisches Zentralarchiv (EZA), 101/93/5. Schreiben des Leiters der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Dieter Ziebarth, vom 5. 2. 1987, MDA.

November 1988 die komplette Auflage des „Blattwerks“ beschlagnahmt, wobei das MfS in einer rechtlichen Einschätzung feststellte, daß „objektiv die Tatbestandsanforderungen“ öffentlicher Herabwürdigung (§ 220,2) vorlägen⁵³. Darüber hinaus fanden fortwährend „Aussprachen“ mit den Kirchenverantwortlichen statt, um diese zum Eingreifen zu veranlassen. Je nach persönlicher Courage und politischer Einstellung gaben diese den Druck weiter – oder nicht.

Der Leipziger Superintendent Magirus verbot beispielsweise im August 1988 das Erscheinen einer kompletten Ausgabe der „Kontakte“ und ließ im Oktober verschiedene Texte zu den örtlichen Friedensgebeten nicht erscheinen. Zufrieden stellte das MfS später fest, daß den „kirchlichen Amtsträgern ihre Verantwortung für diese innerkirchliche Publikation aufgezeigt (wurde), welcher sie in der Regel gerecht wurden“⁵⁴. Mittels „offensiver operativer Einflußnahme über JM in kirchenleitenden Schlüsselpositionen“ verhinderte das MfS nach eigenen Aussagen auch das Erscheinen eines Informationsblattes des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ (AKSK) in Leipzig im Oktober 1988 und bewirkte, daß der DDR-Kirchenbund die Herausgabe ablehnte⁵⁵. Eingestellt werden mußte 1988 darüber hinaus der vom „Ökologischen Arbeitskreis“ in Ilmenau herausgegebene „Zwischenruf“, nachdem das MfS die örtlichen Kirchenverantwortlichen nach dem Erscheinen der ersten Nummer entsprechend unter Druck gesetzt hatte.

In anderen Fällen führte der Druck auf die Kirchen zu einer inhaltlichen Entschärfung der Blätter. In einer Übersicht vom Mai 1989 nannte das MfS u.a. die Zeitschriften „Streiflichter“, „Kontakte“ (beide Leipzig), „Unterwegs“ (Schwerin), „Turmblatt“ (Stralsund) und „Ausblick“ (Magdeburg), bei denen erfolgreich „Gespräche mit kirchenleitenden Mitarbeitern über Partner des Zusammenwirkens“ geführt worden seien. Das MfS stellte dann, so beim „Turmblatt“, fest, daß „im Ergebnis der realisierten politisch-operativen Maßnahmen (staatliche Einflußnahme) die Abwendung von massiven feindlich-negativen Angriffen hin auf fast ausschließlich religiöse Aussagen und Probleme“ erfolgt sei⁵⁶.

53 Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45). „Blattwerk“, S. 2; Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ebd., „Ökologische Arbeitsgruppe“ des Kirchenkreises Halle (ÖAG), S. 2.

54 Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45). „Kontakte“, S. 2.

55 Vgl. ebd., „Solidarische Kirche“, S. 1.

56 Vgl. ebd., „Turmblatt“, S. 2.

Wenn der Druck auf die Kirchenverantwortlichen nicht fruchtete, wurden die Herausgeber selber ins Visier genommen. Im Fall des seit Oktober 1988 in Halle erscheinenden „Informationsblattes Nachtgebete“ führten staatliche Stellen zunächst mehrfach „Gespräche und Belehrungen mit den jeweils zuständigen kirchlichen Amtsträgern der Evangelischen Kirche“ sowie mit dem Hauptorganisator, Frank Eigenfeld, „in denen sie nachdrücklich auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen wurden“. Dann erteilten Staatsanwaltschaft und MfS „Belehrungen“, denen mit einem Ordnungsstrafverfahren und der „Zuführung und Befragung“ des Herausgebers Nachdruck verliehen wurde⁵⁷. Nach vier Monaten stellten die „Nachtgebete“ schließlich ihr Erscheinen ein⁵⁸.

Zu ähnlichen Auseinandersetzungen kam es auch um andere Blätter – vorrangig in der Provinz, wo die Möglichkeiten der Gegenwehr geringer waren. In Quedlinburg wurde im Oktober 1988 ein Mitarbeiter des Friedens- und Umweltkreises „zugeführt“ und mit einem Ordnungsstrafverfahren überzogen, weil er im Besitz von vier Heften des „Straßenfegers“ war. Die nächsten Hefte erschienen dann als – streng innerkirchlich deklariertes – „Brief“, nachdem die Abteilung Inneres von der Kirche die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verlangt hatte. Trotzdem ließ das MfS gegen den als Kontaktadresse genannten Jugendwart im Juli 1989 eine Ordnungsstrafe verhängen⁵⁹. In Zittau ging das MfS mit Vernehmungen und Ordnungsstrafverfahren gegen die Herausgeber der „Lausitzbotin“ vor. Unter dem Druck der Behörden distanzierte sich der zuständige Superintendent von der Veröffentlichung und erzwang eine Namensänderung sowie eine Verringerung des Umfangs auf nur noch zwei Blatt⁶⁰. Auch in Forst wurde die Kirche unter Druck gesetzt, und die Herausgeber des „Aufbruchs“, die in einer der Ausgaben namentlich genannt worden waren, erhielten Ordnungsstrafen von mehreren Tausend Mark⁶¹.

57 Vgl. Streiflichter vom 22. 12. 1988, S. 13.

58 Vgl. Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45). „Informationsblatt Nachtgebete“, S. 2f.; Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ebd., „Vorbereitungskreis Nachtgebete Halle“, S. 1 f.

59 Vgl. Brief aus der Haltestelle, Winter '88/'89, S. 1. MfS, Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45). „Der Straßenfeger“, S. 2; W. Rüdtenklau (Anm. 20), S. 272.

60 Vgl. IP. Das Informationspapier der Friedens- und Umweltgruppe Zittau zu den Themen: Umwelt/Frieden/Gerechtigkeit vom 2. 7. 1989, S. 1 f.

61 Zu den Auseinandersetzungen um den „Aufbruch“ vgl. W. Rüdtenklau (Anm. 20), S. 197 und S. 270, sowie die vom

Trotz dieser Maßnahmen gelang es nicht, die inoffizielle politische Publizistik zu zerschlagen. Die Repressalien führten vielmehr zu neuen Solidaritätsaktionen und zu einer wachsenden Konfliktbereitschaft der Gruppen. In einer Information an das Politbüro mußte das MfS deshalb im Frühjahr 1989 einräumen: „Ungeachtet einer Vielzahl durchgeführter differenzierter und zentral abgestimmter staatlicher und gesellschaftlicher, insbesondere auch rechtlicher Maßnahmen zur Verhinderung der Herstellung und Verbreitung solcher Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse – darin eingeschlossen die bekannten Maßnahmen gegen die antisozialistische Schrift ‚GRENZFALL‘, die im Zeitraum 1986/87 eine Schlüsselrolle unter dergleichen Pamphleten einnahm und feindlich-negativen Kräften als Nachahmungsbeispiel diente – und dabei erzielter Ergebnisse konnte die Gesamtsituation auf diesem Gebiet nur unwesentlich positiv beeinflusst werden.“⁶²

Partei, Staatssicherheit und das Staatssekretariat für Kirchenfragen suchten daher seit dem Frühjahr 1988 nach einer grundsätzlichen Lösung zur Ausschaltung der inoffiziellen Publizistik – zeitgleich zu den Versuchen, die *legal* erscheinenden Kirchenzeitungen durch wiederholte Zensureingriffe einzuschüchtern. Die Grauzone zwischen politischen und innerkirchlichen Publikationen sollte beseitigt werden. In einem Arbeitspapier hatte das Staatssekretariat für Kirchenfragen dazu drei Varianten entwickelt. Die erste sah die Einführung eines Vervielfältigungsrechtes der Kirchen ausschließlich für innerdienstliche Druckerzeugnisse vor, die zweite die Erteilung einer Generallizenz an die Kirchen für die Vervielfältigung von Schriften zum innerkirchlichen Dienstgebrauch, wobei die Kirchen selber – bei Androhung des Entzugs – als Zensor fungieren sollten. Die dritte hingegen beabsichtigte die konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts, d.h. der Genehmigungspflicht aller nichtoffiziellen Veröffentlichungen, wobei man einräumen mußte, daß davon die Behörden praktisch lahmgelegt werden würden⁶³. Eine auf der Grundlage eines Politbürobeschlusses vom Januar 1989 eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe verständigte sich daraufhin auf den ersten Vorschlag und entwarf eine entsprechende Neufassung der Druckgenehmigungsanordnung, der der Staatssekretär für Kirchenfragen, Löffler, am 25. September 1989 zustimmte. In Kraft getreten ist die Novelle freilich nie, weil nach dem Macht-

antritt von Egon Krenz das Vorhaben politisch nicht mehr opportun erschien. Ausgerechnet Löffler machte sich nun dafür stark, daß die gegen den „Aufbruch“ verhängten Ordnungsstrafen wieder aufgehoben wurden – im Interesse „einer Wiederherstellung des konstruktiven und sachlichen Dialoges zwischen Staat und Kirche“⁶⁴.

VI. Fazit

Bei der Formierung und Stabilisierung einer politischen Oppositionsbewegung gegen die SED kam der inoffiziellen Publizistik eine wichtige Rolle zu. Obgleich, durch Auflage und Vertrieb beschränkt, nur ein verschwindend kleiner Teil der DDR-Bevölkerung die ungenehmigten Publikationen rezipieren konnte, entfalteten sie auf anderer Ebene eine nicht zu unterschätzende Wirkung: Allein die Tatsache ihres Erscheinens in einer ansonsten monopolisierten politischen Öffentlichkeit widerlegte das ideologische Konstrukt der SED, Aggregat aller gesellschaftlichen Interessen zu sein. Im theoretischen Diskurs und in der Berichterstattung über konkrete politische Auseinandersetzungen bildeten sich kleine Gruppen einer zivilen Gesellschaft, die schließlich, im Herbst 1989, das Korsett des Parteistaates abwarfen.

Die Gruppen als Katalysatoren dieser Entwicklung konnten mit Hilfe der inoffiziellen Schriften ihre Arbeit in mehrerer Hinsicht qualifizieren: inhaltlich durch fundierte Informationen und programmatische Debatten, praktisch durch die Vernetzung der Gruppen und die Ermutigung zu neuen Aktionen. Durch den Aufbau eigener „Medien“ machten sie deutlich, daß sie sich, allen Einschränkungen zum Trotz, von Objekten zu Subjekten der Politik entwickelt hatten, die der SED offen die Stirn boten – und mit den Instrumenten der Macht nicht einfach unterdrückt werden konnten.

Im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten weist der Samisdat der DDR dabei politische und gesellschaftliche Beschränkungen auf, die mit der Genesis der DDR-Opposition und der besonderen Situation im geteilten Deutschland zusammenhängen: Nicht aus der Mitte der Gesellschaft formierten sich in den achtziger Jahren die Gegenkräfte zur SED, sondern eher an ihrem Rand, in einer

Staatssekretär für Kirchenfragen überlieferten Unterlagen: BA, D 04 922.

62 MfS, Information Nr. 168/89 (Anm. 22), S. 2 f.

63 Vgl. Problematik der Anwendung ... (Anm. 39), S. 5 ff.

64 Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Löffler, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus, Siegesmund, vom 16. 11. 1989. BA DO 4/974.

grün-alternativen Bewegung im Schutzraum der Kirchen, während zugleich ein großer Teil der kritischen Energien permanent in die Bundesrepublik abfloß. Der Samisdat der DDR verstand sich deshalb nicht, wie in der ČSSR oder Polen, als

„wahre Stimme der Nation“, sondern eher als Sprachrohr eines spezifischen politischen Milieus. Er teilte deshalb auch das Schicksal der Gruppen, nach der Entmachtung der SED rasch wieder an Bedeutung zu verlieren.